

E-Mail an die im Landtag/Bundestag vertretenden Parteien
(bislang keine einzige Reaktion der Parteien)

Infrastrukturschutz für Bergbaugebiete, Krisenprävention

Hier: Zukunftssicherheit geht Jedermann an

Xanten, 26.06.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Globalisierung zeigt nicht nur ihre Auswirkungen auf die europäische Gemeinschaft, sondern wirkt sich bis in jede einzelne europäische Region aus. Das gilt einmal mehr für **integrierte Projekte** die im Einklang mit dem **Erhalt, Schutz und Ausbau von Infrastruktur** stehen. Letztere fungiert als Schnittstelle zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, die Infrastrukturnetze des 21. Jahrhunderts gehen oftmals auf Bemühungen einzelner Akteure vor hunderten von Jahren zurück.

Insbesondere im regionalen Vergleich zeigen sich den Bürgerinnen und Bürgern die **Folgen überalterter und überlasteter infrastruktureller Einrichtungen** in allen Bereichen: Egal ob es um die **Mobilität** (Zustand der Brücken und Straßen etc.), den **Sektor Wissen** (Kinderbetreuung, Schulbildung etc.) oder um den **Schutz** (Kriminalität, ärztliche Versorgung, Digitalisierung, **Schutz vor Naturkatastrophen** wie Hochwasser etc.) geht, um nur drei Bereiche anzuführen – es entsteht flächendeckend der Anschein, **dass Deutschland über kein generelles, umfassendes und flächendeckendes Konzept für den Erhalt, Schutz und Ausbau von Infrastruktur verfügt.**

So existiert kein eigenes **Ministerium für Infrastruktur** (aber eines für Heimat!), auch wird diesbezüglich offenkundig nicht in die **universitäre Forschung und Lehre** investiert. Wenn es einmal derartige Bemühungen gibt, decken sie ausschließlich die **technische Weiterentwicklung** bzw. **wirtschaftlichen Interessen** ab – dabei fungierten stets die **Geisteswissenschaften als Keimzellen** neuer, innovativer Ideen. Insbesondere die historische Forschung als **Brückendisziplin zwischen Vergangenheit und Gegenwart** scheint, wenn es um **Infrastruktur** geht, interessante Erkenntnisse hervorzubringen, ist doch gerade Infrastruktur ein Phänomen, welches die Menschen seit Jahrtausenden begleitet.

Aktuelle Forschungsbeiträge belegen dies (vgl. die unten aufgeführten Publikationen). Die Förderung sinnvoller historischer Projekte bleibt jedoch in der Regel der DFG überlassen (vgl. KRITIS, Universität Darmstadt). So ist es insgesamt gesehen nicht verwunderlich, dass Spanien – und nicht Deutschland (!) – das erste europäische Land ist, dass seine Energie prozentual mehrheitlich aus erneuerbaren Energiequellen (Windkraft) bezieht.

Für den Niederrhein stellen besorgte Bürgerinnen und Bürger nach wie vor erhebliche Defizite im Bereich der **VORSORGE zur SCHADENSVERHINDERUNG von Bergbaugebieten**, insbesondere in Bezug auf die Richtlinien zum **Schutz kritischer Infrastrukturen**, u.a. fest, dass

- **kritische Infrastrukturen Auslöser von inneren und äußeren Krisen sind.**
- **die Pflicht zur Schadensverhinderung kein Staatsziel ist.**
- **zuständige Bürgermeister/Ministerpräsidenten nicht verantwortlich für die Sicherheit der Bewohner sind.**
- **der Schutz bergbaubetroffener Bürger/Regionen mit seinen nachhaltigen Folgen nicht gesetzlich geregelt ist.**
- **auf Klimaveränderungen keine Konzepte und Strategien bzw. Anpassungen bestehen.**
- **ohne Paradigmenwechsel antidemokratische Tendenzen in Deutschland/EU weiter gefördert werden.**

Unsere Bürgerinitiative „**HochWasser- und Infrastrukturschutz-Initiative am Niederrhein (HWS)**“ beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit diesen Problemen zur Krisenprävention, die aktuell durch den u. g. **Antrag zum BVWP** in seiner grenzüberschreitenden Tragweite einen vieldiskutierten Ansatz bietet.

Nutzen Sie unsere Erfahrungen, ignorieren Sie nicht die Risiken, die Ihren Lebensraum bedrohen. Wenn Sie wollen, informieren wir Sie. Geben Sie dieses Schreiben auch an Bekannte weiter.

Wir erwarten hierzu Ihre Nachricht.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen

Sprecher der HWS

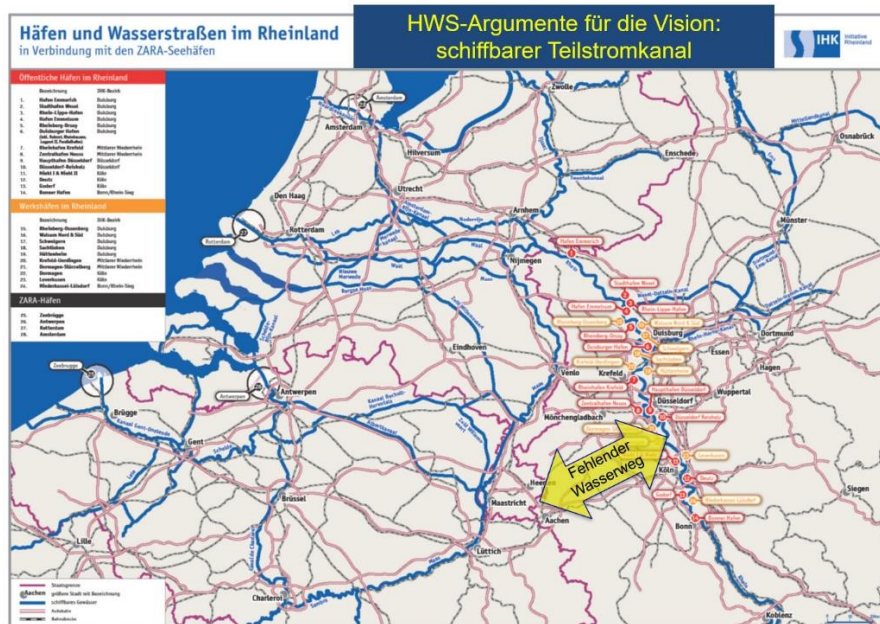
H.-Peter Feldmann

PS: Auch wenn unser **Antrag zum BVWP 2030** ressortmäßig klingt, greift er infrastrukturell weitere Themenfelder auf, die im Zusammenhang zu sehen sind.

Mit unserer **Petition** vom 28.10.2016 an den Bundestag (Pet 1-18-12-940-032174) bitten wir die „Notwendigkeit und Machbarkeit eines schiffbaren Wasserweges vom mittleren Niederrhein mit Anschluss zu den belgischen Kanälen“ prüfen zu lassen. Eine Entscheidung steht mit Stand Juni 2018 noch aus.

<http://www.nr-feldmann.de/Doku/Behoerden/Petition-Text.pdf>,

<http://www.nr-feldmann.de/Doku/Behoerden/Nachtrag%20Petition%202016-n.pdf>



Literaturempfehlungen:

Laak, Dirk van: Alles im Fluss: Die Lebensadern unserer Gesellschaft – Geschichte und Zukunft der Infrastruktur. Berlin 2018.

Schröder, Lina: Der Rhein-(Maas-)Schelde-Kanal als geplante Infrastrukturzelle von 1946 bis 1985: Eine Studie zur Infrastruktur- und Netzwerk-Geschichte (Studien zur Geschichte und Kultur Westeuropas). Münster 2017.